

## **Unabhängige Gutachten beweisen ganz klar: Versorgung mit 100% Erneuerbaren Energien ist ohne Atomstrom möglich**

- Freie Wähler: Die Brücke zu den erneuerbaren Energien besteht bereits – Umstieg bis 2030 anstreben
- 100% - Erneuerbare Energien sind klimaverträglich, sicher und bezahlbar.
- Freie Wähler setzen auf eine Energiewende von unten nach oben - regionale Offensive geplant

### **1. Ausgangspunkt**

Die nach dem UN-Gipfel in Kopenhagen bekannt gegebenen Ziele zur Treibhausgasverminderung sind unzureichend und führen zu einer Erderwärmung von ca. 3,5 Grad. Zur Einhaltung der 2-Grad-Grenze müssen die heutigen Emissionswerte um 80–90% zurückgefahren werden. Dies gelingt nur mit einem umfassenden Klimakonzept und einer offensiven Nutzung der erneuerbaren Energien (Quelle: Umweltbundesamt, 2010). Das nachhaltig nutzbare Potential an erneuerbaren Energien in Europa übersteigt nachweislich den heutigen und auch den zukünftigen Strombedarf um ein Vielfaches (Sachverständigenrat der Bundesregierung im Mai 2010)

### **2. Sechs wissenschaftlichen Studien unterstützen das Konzept der Freien Wähler**

Sechs wissenschaftliche Gutachten belegen eindeutig, dass eine Energieversorgung ausschließlich mit erneuerbaren Energien ohne Atomkraft bis spätestens 2050 möglich ist:

1. Die **Enquetekommission „Nachhaltige Energie- versorgung** unter den Bedingungen der Globalisierung und Liberalisierung“ des 14. Deutschen Bundestages hat bereits am 7.7.2002 die Möglichkeit eines vollständigen Umstiegs auf Erneuerbare Energien auf den Seiten 352 ff ihres Endberichts beschrieben.
2. Der **Energiebericht des Bundeswirtschafts- ministeriums von 2008** (Bericht an die EU-Kommission), der entscheidende Daten über die künftige Energieversorgung Deutschlands enthielt, kam bereits 2008 zu dem Ergebnis, dass die Versorgungssicherheit auch bei einem Atomausstieg bis 2020 gewährleistet ist. Der Bericht 2010 ist bereits fertig und hier müssten die Rahmenbedingungen für einen Atomausstieg noch deutlicher sichtbar sein. Wirtschaftsminister Brüderle verzögert diesen neuen Bericht, weil er nicht in das geplante Energiekonzept der Bundesregierung passt. Daher hat Greenpeace am 23.8.2010 Klage beim Berliner Verwaltungsgericht eingereicht.

3. Der **Sachverständigenrat (die „Umwelt-Weisen“)** der **Bundesregierung** (Vorsitz: Prof. Dr. Olav Hohlmeyer) veröffentlichten am **26. Mai 2010** : „Für eine sichere bezahlbare und klimaverträgliche Energieerzeugung sollte die Bundesregierung allein auf den Ökostrom setzen. Eine 100%ige Versorgung mit erneuerbaren Energien ist bis 2050 bei wettbewerbsfähigen Kosten möglich. Zitat: Die Brücke zu den erneuerbaren Energien besteht bereits“. Die These einer Stromlücke sei eine Fata Morgana-Allerdings müssen die Speicher und die Netze noch ausgebaut werden. Weder eine Laufzeitverlängerung von AKWs noch der Bau von Kohlekraftwerken mit CO<sub>2</sub> Abscheidung sind notwendig für den Übergang zur erneuerbaren Energieversorgung Der SRU warnt ausdrücklich vor einer Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken, u.a. weil dadurch Überkapazitäten im System entstehen.
4. In einem 70seitigen Gutachten kommt der **Forschungsverbund Erneuerbare Energien (FVEE) im Juni 2010** zu dem Ergebnis, dass Deutschland bis zum Jahre 2050 seinen Strombedarf ausschließlich aus erneuerbaren Energien decken kann. Die Bedingung ist aber, dass die Forschung auf diesem Gebiet weiter intensiviert wird und die Politik den entsprechenden Rahmen setzt. Das Potential der EE ist wesentlich höher als ihr Energiebedarf. Der Vorsitzende Prof. Dr. Vladimir Dyakonov (Prof. für experimentielle Physik) aus Würzburg plädiert auch für einen verlustarmen Stromimport aus Nordeuropa oder Nordafrika. Der FVEE repräsentiert mit seinen 1800 Mitarbeitern rund 80% der Forschungskapazität für Erneuerbare Energien in Deutschland.
5. Das **Umweltbundesamt stellte im Juli 2010** in einem 230 Seiten umfassenden Gutachten (**Energieziel 2050: 100% Strom aus erneuerbaren Quellen**) eindeutig und klar fest, dass eine vollständig auf erneuerbare Energien beruhende Stromversorgung im Jahre 2050 in Deutschland als einem hoch entwickelten Industrieland mit heutigem Lebensstil, Konsum- und Verhaltensmuster technisch möglich ist und auch ökonomisch vorteilhaft ist .Eine vollständig auf erneuerbaren Energien beruhende Stromversorgung kann die Versorgungssicherheit auf hohem heutigem Niveau jederzeit gewährleisten. Wichtig ist aber auch, dass die vorhandenen Einsparpotentiale beim Stromverbrauch erschlossen werden. Dazu gehören auch Industrie und Gewerbe. Durch diese Umstellung kann Deutschland seine Importabhängigkeit drastisch vermindern. Der Chef des Umweltbundesamtes Jochen Flasbarth machte deutlich, dass eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken nicht notwendig ist. Bisher 2020 können so 37% des Stromverbrauchs (derzeit sind es 16%) aus erneuerbaren Energien hergestellt werden. Allerdings müssen Stromspeichersysteme möglichst schnell ausgebaut werden.
6. Studie von **Germanwatch vom August 2010**; Die in Bonn seit 1991 tätige Initiative hat einen Vergleich von „Niedrig Energie-Szenarien“ des Bundesumweltministerium (2009), der Energiekonzerne (u a. RWE, EON, Wattenfall) sowie WWF Deutschland und Greenpeace vorgenommen. Außer den Energiekonzernen kommen alle drei anderen Gutachten zu den Ergebnissen, dass der Atomausstieg bis spätestens 2023 nötig ist und dass bis 2050 eine Verringerung der Treibhausgase um 80- 95% im Vergleich zu 1990 zu erreichen ist und dass dies ohne Laufzeitverlängerung und zu

volkswirtschaftlich akzeptablen Kosten möglich ist. Dabei geht es nicht nur um einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, sondern auch um Energieeinsparung. Die von der Bundesregierung aktuell geplante Kürzung der KfW-Förderprogramme für energetische Gebäude-Sanierung ist der völlig falsche Schritt. Auch im Verkehrsbereich muss noch vieles umgesetzt werden (u. a. erhebliche Investitionen im Schienenbereich, Offensive für Elektrofahrzeuge, Kerosinabgabe für Flugzeuge)

### **3. Die Energiewende von unten nach oben**

Die oben genannten wissenschaftlichen Gutachten bestätigen eindeutig das Konzept der Freien Wähler, das besagt, dass eine Energiewende von unten nach oben erfolgen muss (Quelle: Umweltbundesamt). Neben dem Regionenverbund (alle Regionen Deutschlands nutzen ihre Potentiale der erneuerbaren Energien weitgehend aus einschließlich eines deutschlandweiten Energieaustauschs). Entscheidende Zielgröße ist nach Ansicht der Wissenschaftlicher und der Freien Wähler die „lokale Energieautarkie“, d.h. kleinräumige, dezentrale Strukturen werden autark mit Strom versorgt. „Es wird kein Strom importiert. Die Stromversorgung ist somit extrem dezentral geprägt. Sie basiert auf lokalen Inselnetzen mit großen Stromspeichern „(Quelle: Umweltbundesamt 2010 **Energieziel 2050: 100% Strom aus erneuerbaren Quellen**, Seite 83).

**Nach Auffassung der Wissenschaftler und der Freien Wähler müssen die Kommunen und die Regionen gestärkt werden.**

Kommunen und Landkreise müssen zweckgebundene Mittel für Investitionen erhalten, die für das Erreichen der Klimaschutzziele notwendig sind. Um dies zu erreichen, müssen Klimaschutzaspekte auch bei der Regionalförderung ein stärkeres Gewicht erhalten. Kommunen dürfen also nicht vom Zugang zu Fördermitteln für den Klimaschutz ausgeschlossen werden.

### **4. Die Freien Wähler unterstützen das Konzept der 100% - EE - Regionen offensiv**

In Deutschland leben derzeit rund 6 Mio. Menschen auf 10% der Fläche in 100%-EE-Regionen. Das sind Regionen, die beschlossen haben, mittel- und langfristige eine 100%ige Versorgung mit erneuerbaren Energien anzustreben. In Bayern haben bereits 16 von 71 Landkreisen dieses Ziel beschlossen. Diese Landkreise sind: Ebersberg, Fürstenfeldbruck (war im Jahre 2000 der erste bayerische Landkreis), München, Starnberg, Freising, Traunstein, Amberg-Weilheim, Neumarkt, Region Oberland (Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach), Dachau, Rosenheim, Altötting, Garmisch-Partenkirchen, Weilheim Schongau, Berchtesgardener Land. Ferner haben noch zusätzlich 12 Gemeinden/Städte analoge Beschlüsse gefasst. Die Freien Wähler wollen erreichen, dass alle 71 Landkreise in Bayern einen solchen Beschluss fassen. Dies ist einer der Gründe für die regionale Energieoffensive in den nächsten 12 Monaten mit mindestens 30 Veranstaltungen in ganz Bayern.

## 5. Freie Wähler haben die Weichen gestellt

Auf der Landesdelegiertenversammlung in Bad Rodach (am 24.4.2010) haben die Freien Wähler mit 98% der Delegiertenstimmungen vier richtungsweisende Beschlüsse gefasst:

- Kommunale Energiewende mit 100%-EE-Regionen bis 2030
- Verlässliche politische Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien (insbesondere der Photovoltaik)
- Atomausstiegsdebatte sofort beenden bzw. der bestehende Atomausstiegsbeschluss soll beibehalten werden. Restlaufzeitverlängerungen finden nicht statt.
- Klimaschutz und Erneuerbare Energien sollen in der Bayer. Verfassung verankert werden.

## 6. Was zu tun ist (Einige Beispiele)

- Raum schaffen für Windenergie, die massiv ausgebaut werden muss (Konzentration auf bestimmten Flächen und Standorten)
- Neben der Windenergie muss die Photovoltaik noch massiv ausgebaut werden
- Festschreibung des Passivhausstandards bis 2015 (wie in Hessen) bzw. flächendeckende energetische Sanierung aller Gebäude; dabei muss der Staat mit seiner Vorbildwirkung vorangehen. Ausbau der Förderprogramme für energetische Gebäudesanierungen
- Zwischen Regionen mit hohen Potentialen und Regionen mit niedrigen Potentialen findet ein Stromaustausch statt.
- Erhöhung des Anteils der Elektrofahrzeuge bis 2050 auf 50% der gesamten Kfz
- Die Stromspeichertechnik muss massiv ausgebaut werden
- Auch die Industrie und das Gewerbe müssen an diesem Prozess beteiligt werden, z.B. durch die Einführung eines Energiemangements.
- Der Ausbau der erneuerbaren Energien sollte verbindlich in Etappen festgelegt werden z.B. 35%, 60%, 80% und 100% für die Jahre 2020, 2030, 2040 und 2050. 2030 sollte 2/3 der Vollversorgung mit erneuerbaren Energien erreicht sein.
- Wesentliche Akteure bei der Umsetzung der genannten Ziele sind Kommunen, Regionen, die mittelständisch geprägte Wirtschaft sowie einzelne Bürger und

örtliche Bürgerinitiativen (z.B. Agenda 21- Initiative im Landkreis Fürstenfeldbruck).

- Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit, um die Akzeptanz der EE zu erhöhen.
- Aktive Einbeziehung der Bevölkerung (z.B. auch durch eine Vielzahl von örtlichen Veranstaltungen bzw. Gründung von lokalen EE-Initiativen )
- Es bedarf zur Umsetzung eines langfristig festgelegten politischen Willens (der derzeit bei der schwarzgelben Koalition im Bund und in Bayern nicht vorhanden ist).
- **Nach Auffassung des Sachverständigenrates für Umweltfragen (der Bundesregierung), des Umweltbundesamtes bzw. Bundesumweltministeriums und weiterer namhafter Institute/Verbände und der Freien Wähler bietet dieses Konzept eine Chance für nachhaltige Innovationen, die den Standort Deutschland bzw. Bayern auch in diesem Bereich auch ohne Restlaufzeitverlängerung der AKWs bis 2030 bzw. spätestens 2050 zukunftsfähig machen.**